

Protokoll - Arbeitstreffen am 12.04.2016
Arbeitsgruppe des Runden Tisches „Wohnungslosenhilfe“

Teilnehmende:

- Arbeitskreis Soziale Brennpunkte Marburg e.V.
(Geschäftsführung: Frau Hey, Sozialberatung: Herr Rösner)
- Diakonisches Werk Marburg-Biedenkopf
(Fachbereichsleitung: Herr Kretz, Fachberatung Wohnen: Frau Krzis, Tagesaufenthaltsstätte: Frau Friedrichs)
- Gemeinnützige Wohnungsbau GmbH, GeWoBau
(Abteilungsleitung - Technische Verwaltung: Herr Hanneder, Abteilungsleitung - Wohnungsverwaltung: Herr Knoche)
- Hephata Diakonie
(Sozialtherapeutisches Übergangwohnheim: Herr Fritsch)
- Stadtverwaltung
(Fachbereich „Arbeit, Soziales und Wohnen“, Leitung: Herr P. Schmidt, Fachdienst „Wohnungswesen“ - Obdachlosenangelegenheiten: Herr W. Schmidt, Fachdienst „Wohnungswesen“ - Wohnungsvermittlung: Herr Keßler, Fachbereich „Kinder, Jugend und Familie“, Freie Träger, Soziale Stadt: Herr Schmittdiel, Persönliche Referentin des Oberbürgermeisters: Frau Siebler)
- Soziale Hilfe Marburg e.V.
(Geschäftsführung: Herr Schulze, Zentrum für Psychose und Sucht, Leitung: Frau Mannschitz, Pädagoge: Herr Severin, Heilerziehungspfleger: Herr Niazi)

Organisation und Prozessverantwortung:

Stadtverwaltung Marburg (Sozialplanung: Frau Meier)

Tagesordnung:

TOP 1 - aktueller Stand

- **Finanzsituation**
- **Standort Ginseldorfer Weg (Clearingverfahren, Kostenplan)**
- **Standort Gisselberger Straße**

**TOP 2 - Konzeptionelle Ansätze zur Rolle der Stadt
(Koordinierungsstelle, Netzwerkarbeit etc.)**

TOP 3 - Weiterarbeit

TOP 1 - Begrüßung und aktueller Stand

- Begrüßung aller Teilnehmenden und Vorstellung der Tagesordnung durch Frau Meier
- Information, dass Frau Mösbauer die Leitung des städtischen Fachdienstes Wohnungswesen übernommen hat, sie ist aufgrund eines Paralleltermins entschuldigt
- aktueller Stand zur finanziellen Situation der Stadt:
bisher sind die Auswirkungen der Finanzlage auf die Umsetzung des 2015 beschlossenen Wohnungslosenhilfekonzeptes nicht absehbar
- es wird wie bisher an der Umsetzung des Konzeptes weitergearbeitet

Bericht zur aktuellen Situation am Standort Ginseldorfer Weg

- **Clearingverfahren:** das geplante Vorgehen für die jetzigen Bewohner/innen im Ginseldorfer Weg wird von Herrn W. Schmidt und Frau Krzis erläutert
- eine Abstimmung zwischen dem Fachdienst Wohnungswesen, Herrn W. Schmidt und Frau Krzis vom Diakonischen Werk hat stattgefunden
- fast alle Bewohner/innen sind beim DW bekannt, eine erste Einschätzung liegt vor
- nach schriftlicher Ankündigung sollen mit allen Bewohnern/innen einzeln vor Ort Gespräche stattfinden (Herr W. Schmidt/Frau Krzis)
- in dem Anschreiben soll auf den Grund des Besuchs (Verbesserung der Wohnsituation) hingewiesen werden
- eine Unterarbeitsgruppe bestehend aus Frau Mannschitz, Frau Krzis und Herrn W. Schmidt wird erarbeiten, welche Informationen erfragt werden sollen (Gesprächsleitfaden), es wird gemeinsam ein Anschreiben entworfen und geklärt, wie die Datenschutzerklärung gestaltet sein muss (die Ergebnisse der UAG werden allen Mitgliedern über die Sozialplanung zur Kenntnis zu geschickt)
- Ziel des Clearingverfahren: es ist zu ermitteln, was von den Bewohnern/innen gewünscht wird bzw. welche Unterstützung erforderlich ist (individuelle Bedarfe)
- Informationen aus vorhandenen Akten können verwendet und durch die Gesprächsergebnisse ergänzt werden, dabei steht die individuelle Person im Mittelpunkt
- eine schriftliche Zustimmung zur Weitergabe der Informationen an andere Beteiligte bzw. Entbindung von der Schweigepflicht ist von den Befragten einzuholen
- nach den Erstgesprächen soll nach Vorschlag von Herrn Severin eine Fachkonferenz (Einzelfallbesprechung) unter Beteiligung von DW, SHM, AKSB und Stadt Marburg durchgeführt werden
- es wird über die einzelnen Bewohner/innen beraten und es wird entschieden, welche Maßnahmen erforderlich sind und welcher Träger die Unterstützung übernimmt
- zurzeit sind 28 Personen in 19 Wohnungen im Ginseldorfer Weg untergebracht
- angemietet sind insgesamt 25 Wohnungen, eine Wohnung wird als Möbel-/ Matratzenlager genutzt, zwei Wohnungen sind gerade in der Endphase der Renovierung, eine weitere Wohnung muss noch instandgesetzt werden
- hinzu kommt seit kurzem die Unterbringung einer sechsköpfigen Familie im Ginseldorfer Weg 52 nach einer Räumung

- **Kostenplan:** Herr Knoche erläutert die Möglichkeit eines Abrisses des Blocks Ginseldorfer Weg 26-32 und eines Neubaus an gleicher Stelle, dort könnten 12 WE für Betreutes Wohnen mit rund 480 Quadratmetern Wohnfläche geschaffen werden
- mit Förderung des Landes Hessen aus dem aktuellen Kommunalinvestitionsprogramm (ca. 700.000 Euro) und der Stadt Marburg (ca. 10.000 bis 15.000 Euro pro WE) wäre eine Nettokaltmiete von 7,50 Euro pro Quadratmeter Wohnfläche zu erzielen, Vorbild könnte das Modell Pension Plus aus Bielefeld sein
- für den Standort Försterweg hat die GeWoBau nach wie vor andere Pläne, dort sollen nach Möglichkeit Sozialwohnungen für Familien entstehen
- Herr Knoche weist darauf hin, dass die GeWoBau selbst ca. 30-35 schwierige Mietverhältnisse durch den eigenen Sozialdienst betreut und bittet in diesem Zusammenhang auch um die Einbindung der anderen Wohnungsbaugesellschaften bei der Unterbringung von Obdachlosen
- diese Thematik soll bei der nächsten Sitzung des AK Wohnraumsicherung (organisiert von der GeWoBau) angesprochen werden

aktueller Stand Gisselberger Straße

- zum Standort Gisselberger Straße sollte nach Ansicht von Herrn Kretz nunmehr die Planung vorangetrieben werden
- Planungsmittel sind im aktuellen Haushalt veranschlagt
- gegebenenfalls kann die Planung auch durch den FD Hochbau selbst erfolgen
- Pläne aus dem Jahr 2011 liegen vor, die bestehenden Umbaupläne müssen im Rahmen des Gesamtkonzeptes sicher noch einmal überdacht werden
- im Hinblick auf eine mögliche Bebauung des angrenzenden Geländes der Praxis GmbH klärt Herr Severin die Eigentumsverhältnisse, hier bestehen auch nach wie vor Fragen der Zulässigkeit von Bauvorhaben aufgrund von Lärmschutzvorschriften im Baurecht wegen des angrenzenden Sportgeländes
- über Prioritäten bei geplanten Baumaßnahmen muss nach Aussage von Frau Siebler im Rahmen der anstehenden Haushaltsberatungen noch entschieden werden

**TOP 2 - Konzeptionelle Ansätze zur Rolle der Stadt
(Koordinierungsstelle, Netzwerkarbeit etc.)**

- Herr Peter Schmidt stellt anhand einer Power Point Präsentation die geplante Aufgabenverteilung vor, so ist bei der Stadt die Koordinierungsstelle mit verwaltender Funktion vorgesehen, während die pädagogische Arbeit (Case-Management, Hilfeplan) bei den Freien Trägern verortet ist
 - **Netzwerkarbeit:** es wird auf die Wichtigkeit eines engen Austausches und einer wechselseitigen Kommunikation hingewiesen, in der PPP - Folie Seite 4 wird dies durch Pfeile auf der Einzelfallebene verdeutlicht, auf Wunsch des Plenums ist dieser Austausch auf der Organisationsebene (Städtische Koordinierungsstelle und Freie Träger) zu ergänzen, um zu verdeutlichen, dass Absprachen auch unabhängig von individuellen Hilfeprozessen erfolgen
 - Anmerkung aus dem Plenum, dass eine Zusammenarbeit mit allen Wohnungsbaugesellschaften, nicht nur der GeWoBau gleichermaßen wünschenswert ist
 - abhängig von der individuellen Situation der Hilfesuchenden werden auch unterschiedliche Akteure beteiligt
 - Ergänzung, dass neben der Re-Integration auch die Prävention wichtig ist
 - **Koordinierungsstelle:** zu den Aufgaben der städtischen Koordinierungsstelle werden insbesondere die Wohnungsvermittlung und Wohnungsverwaltung gehören, ferner die Evaluation der eingeleiteten Maßnahmen und gegebenenfalls eine Maßnahmenanpassung
 - Herr Kessler wird auch weiterhin die Wohnungsvermittlung übernehmen
 - für den Hilfeplanprozess in seiner Umsetzung ist die Fachberatung Wohnen in der Gisselberger Straße zuständig, hier ist die pädagogische Arbeit verortet
 - aufbauend auf dem Hilfeplan werden Eingliederungsmaßnahmen umgesetzt (Folie 3)
 - es gibt Ergänzungswünsche zu der Aufgabenverteilung, die Stadtverwaltung wird dies bis zum nächsten Termin detaillierter ausarbeiten und Inhalte des Gesamtkonzeptes nochmal ausführlicher darstellen (Wer macht was?)
 - eine zusätzliche Stelle bei der Stadtverwaltung wird nicht eingerichtet
- die Änderungs- und Ergänzungswünsche werden in die Präsentation eingearbeitet
→ beim nächsten Termin der Arbeitsgruppe werden die Aufgaben der Verwaltung näher erläutert

TOP 3 - Weiterarbeit

Bedarfe in Marburg - Abstimmungsprozess

- zur Weiterarbeit wurde eine Aufstellung des voraussichtlichen Bedarfes an Plätzen und Wohnungen erarbeitet (Bedarfseinschätzung auf der Grundlage von Statistiken)
 - Frau Meier stellt den geschätzten, voraussichtlichen Bedarf an Plätzen mittels PPP als Diskussionsgrundlage vor:
 - Übernachtungsunterkunft/Notübernachtung, niederschwellig, kurzfristig: 10 bis 12 Plätze
 - Clearingunterkunft, befristet, bis zur Klärung der Situation: 12 Plätze
 - Interimsunterkunft, befristet, Überbrücken von Wartezeit: 6 bis 8 Plätze
 - Probewohnen: 5 Wohneinheiten, ohne dezentrale Wohneinheiten
 - Betreutes und begleitetes Wohnen: 5 bis 6 Plätze
 - Übergangwohnheim Hephata: 20 Plätze für Männer
 - Herr Knoche hält die vorgestellte Bedarfsabschätzung für problematisch, da zu berücksichtigen wäre, dass durch die Neuaufstellung im Bereich der Wohnungslosenhilfe die Fallzahlen reduziert werden könnten
 - Frau Krzis schätzt den als Diskussionsgrundlage vorgestellten Bedarf als zu niedrig ein - angesichts der steigenden Zahlen von Hilfesuchenden
 - die Fachberatung Wohnen hat im Jahr 2015 insgesamt 370 wohnungslose Hilfesuchende beraten
 - beim FD Wohnungswesen waren zum letzten Stichtag 01. November 2015 90 Wohnungssuchende ohne eigene Wohnung registriert (Statistik - siehe Anlage)
 - Herr Fritsch berichtet von einer jährlichen Steigerungsrate bei den Wohnungslosenzahlen in Deutschland von 15 Prozent
 - Herr Rösner sieht einen höheren Bedarf an Probewohnungen
 - Herr Knoche bittet darum, auch private Vermieter mit einzubinden, da es nur eine relativ geringe Zahl von kleinen Sozialwohnungen gibt
 - Frau Meier weist darauf hin, dass ein Austausch zum Bedarf in Marburg die Grundlage für die Planung der Baumaßnahmen ist, die Einschätzung der Fachleute ist unverzichtbar
 - die Bedarfseinschätzung wird auch im weiteren Prozess ein Thema bleiben
- die nächste Sitzung der Arbeitsgruppe findet am **24.05.2016 (10 bis 12 Uhr)** statt
- Themen:
- die Stadt Marburg als Koordinierungsstelle, detaillierte konzeptionelle Ideen
 - weitere Handlungsansätze zur Umsetzung des Wohnungslosenhilfekonzeptes

Die Unterlagen des Runden Tisches „Wohnungslosenhilfe“ und der Arbeitsgruppe des Runden Tisches sind über den folgenden Link abrufbar:

<https://www.marburg.de/sozialplanung> (→ Rubrik: Wohnen)

Anlage – Statistik „Sozialwohnungssuchende Haushalte in Marburg“

Tabelle: „Sozialwohnungssuchende Haushalte in Marburg“¹

	2013	2014	2015
Gesamtzahl der wohnungssuchenden Haushalte	910	965	961
von der Gesamtzahl in Spalte 1 entfielen auf: (Mehrfachnennungen möglich)			
Schwerbehinderte	140	122	130
Ältere Menschen	110	99	108
Kinderreiche Familien	35	36	45
Junge Ehepaare	47	44	48
Alleinerziehende	113	126	124
Ausländische Mitbürgerinnen/ Mitbürger	77	127	140
Bezieher von Transferleistungen (insb. ALG II, Grundsicherung, HLU nach SGB XII)	377	532	540
Sonstige Wohnungssuchende	510	433	460
von der Gesamtzahl in Spalte 1 entfielen auf:			
Wohnungsnotstandsfälle	45	111	120
Wohnungssuchende, die bisher ohne eigene Wohnung sind²	108	85	90

Tabelle: „Wohnungssuchende Haushalte, die bisher ohne eigene Wohnung sind“³

	2013	2014	2015
Wohnungssuchende, die bisher ohne eigene Wohnung sind	108	85	90
davon			
im Untermietverhältnis	12	8	12
ohne Untermietverhältnis (z.B. junge Menschen in elterlicher Wohnung oder bei Verwandten)	70	51	60
Sonstige Fälle in einer vorübergehenden Unterbringung (z.B. Unterkünfte für Obdachlose)	26	26	28

¹ Statistik des Fachbereiches „Arbeit, Soziales und Wohnen“ der Universitätsstadt Marburg, Fachdienst 55 - „Wohnungswesen“, Stichtag ist jeweils der 1. November

² nachstehende Tabelle: „Wohnungssuchende Haushalte, die bisher ohne eigene Wohnung sind“

³ Statistik des Fachbereiches „Arbeit, Soziales und Wohnen“ der Universitätsstadt Marburg, Fachdienst 55 - „Wohnungswesen“, Stichtag ist jeweils der 1. November